

REGION


Live-Seite

 Die Termine des Tages
und ein Comic von
Rabenau

Seite 20

Bärtige rauben Fußgänger aus

Mobiltelefon und Bargeld gestohlen

Northheim. Zwei unbekannte Männer haben am frühen Donnerstagmorgen auf dem Freizeitgelände Vogts Teich einen 37 Jahre alten Northeimer ausgeraubt. Die Täter erbeuteten dabei ein altes Mobiltelefon und etwas Bargeld.

Gegen 5.45 Uhr war der 37-Jährige auf dem Weg zur Arbeit vom Theodor-Heuss-Ring gekommen und wollte das Freizeitgelände in Richtung Teichstraße zu Fuß durchqueren. An den Tischtennisplatten wurde er von den beiden Männern festgehalten und mit einem Messer bedroht. Während ein Mann ihm das Messer vorhielt, nahm sein Komplize das Mobiltelefon und Bargeld aus dem Portemonnaie des Northheimers an sich.

Nach der Tat flüchteten die Räuber zur Teichstraße und von hier in den Fußweg Auf der Kruk bis zur Wallstraße, teilt die Polizei weiter mit. Hier verlor sich ihre Spur. Der 37-Jährige ging nach der Tat zurück in seine Wohnung und verständigte die Polizei. Die Fahndung mit mehreren Streifenwagen nach den beiden Räufern verlief bislang ergebnislos.

Der Täter mit dem Messer ist etwa 1,80 bis 1,90 Meter groß und von kräftiger Statur mit breiten Schultern. Er hat einen bräunlichen Hauttyp und ein südländisches Aussehen, so die Polizei. Er sprach gebrochen Deutsch und ist etwa 25 Jahre alt. Der Mann hatte einen dunklen Vollbart und trug eine Brille. Bekleidet war er mit einer Jogginghose und einer schwarzen Jacke.

Sein Komplize ist 1,70 bis 1,80 Meter groß und von ähnlichem Aussehen. Er ist schlank und war dunkel gekleidet. Auch dieser Täter trug einen Vollbart. Hinweise zu den beiden Tätern an die Polizei unter Telefon 055 51/70050. *hein*

Güntzler erneut im Finanzausschuss

Göttingen/Berlin. Der Göttinger CDU-Abgeordnete Fritz Güntzler wird seine Fraktion auch weiterhin im Finanzausschuss und im Sportausschuss des Bundestages vertreten. Darüber hinaus hat ihn seine Fraktion erneut zum stellvertretenden Mitglied im Haushaltsausschuss bestimmt.

Während die Koalitionsverhandlungen noch laufen, wird der neu gewählte Bundestag kommende Woche seine Fachausschüsse einsetzen. Mit seiner Entsendung in den Finanz- und den Sportausschuss und als Vertreter in den Haushaltsausschuss habe die Fraktion seinen Wünschen entsprochen, teilte Güntzler am Mittwoch mit. Als Steuerexperte werde er sich dort unter anderem mit dem deutschen Steuerrecht und der Reform der Grundsteuer befassen. Im Sportbereich werde es unter anderem um die Spitzensportförderung gehen. *us*

Kelting bleibt Vorsitzender

Göttingen. Niklas Kelting bleibt Vorsitzender des Göttinger Kreisverbandes der Jungen Liberalen. Bei der Mitgliederversammlung der FDP-Jugendorganisation wurde er am Mittwoch in seinem Amt bestätigt.

Als stellvertretende Kreisvorsitzende stehen Kelting weiterhin Johann Gerlieb für Organisation und der Göttinger Ratsherr Thorben Siepmann für Programmatik zur Seite. Neu im Amt sind Alisa Schnoor als stellvertretende Vorsitzende für Finanzen und Jan Risting als stellvertretender Vorsitzender für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Leon Liesner, Max Lange, Marten Gerjets und Julius Jensen sind Beisitzer.

Kelting zog für die Julis ein positives Fazit aus den vergangenen Wahlkämpfen. Auch sei die Mitgliederzahl im vergangenen Semester gestiegen. Für seine neue Amtszeit strebt er unter anderem eine „intensivere Öffentlichkeitsarbeit“ und eine erneute Beteiligung an parteiübergreifenden Aktionen wie dem Jugendaktionstag an, kündigten die Julis in einer Mitteilung an. Während der Versammlung berichteten der Landesvorsitzende der Julis in Niedersachsen Lars Alt und der FDP-Landtagsabgeordnete Christian Grasca über Entwicklungen in der Landespolitik. *mib*

Lindner tritt auf

Der Schlagersänger Patrick Lindner kommt am Donnerstag, 8. Februar, nach Göttingen. Mit einem Liveauftritt bei Real im Einkaufszentrum „Kauf Park“ will der Sänger sein neues Album vorstellen. Im Anschluss soll es eine Autogrammstunde geben. Laut Veranstalter Real soll Patrick Lindner um 17.30 Uhr auftreten. „Mein Team und ich freuen uns, den sympathischen Musiker zu begrüßen und unseren Kunden ein ganz besonderes Highlight zu bieten“, sagt Real Geschäftsführer Markus Sauer. Lindners neues Album „Leb dein Leben“ erscheint am Freitag, 2. Februar. Das Album soll tanzbare Pop-Schlagersongs und romantische Melodien bieten. Der aus München stammende Schlagersänger hat zahlreiche Auszeichnungen gewonnen, darunter den Bambi, fünf Goldene Stimmgabeln und die Goldene Henne. Laut Veranstalter Real überzeugt er aber auch ein breiteres Publikum im TV als Schauspieler und Showmaster.

HEIN/FOTO: IMAGO



Erste Begegnung endet mit einem Messer im Rücken

Prozess vor dem Amtsgericht in Hann. Münden um bizarren Nachbarschaftsstreit

Von Heidi Niemann

Hann. Münden. Ein eskalierender Nachbarschaftsstreit hat jetzt zu einem Strafprozess vor dem Amtsgericht in Hann. Münden geführt. Seit Donnerstag müssen sich dort eine 51-jährige Frau und ihr 23-jähriger Sohn wegen gemeinschaftlicher, gefährlicher Körperverletzung verantworten.

Laut Anklage soll der 23-Jährige einem 41-jährigen Nachbarn vermutlich mit einem Messer zweimal in den Rücken gestochen haben. Außerdem sollen Mutter und Sohn dem Mann ins Gesicht geschlagen haben. Der 41-Jährige musste aufgrund der Stichverletzungen mehrere Stunden lang operiert werden. Das Bizarre an dem Fall: Die Nachbarn kannten sich gar nicht, hatten nie miteinander geredet, lagen aber seit Jahren im Streit. Als sie sich das erste Mal einander gegenüberstanden, artete der Konflikt sofort in Gewalt aus.

Das Gericht versucht nun herauszufinden, wie es zu dieser Eskala-

tion kam und was genau passiert ist. Dass dies nicht einfach sein wird, zeigte sich bereits zu Prozessbeginn. Die Staatsanwaltschaft wirft den Angeklagten vor, im Mai vergangenen Jahres entsprechend einem gemeinsamen Plan den Hausflur des 41-Jährigen betreten zu haben. Sie selbst wohnen in einem gegenüberliegenden Haus.

Zweimal heftig ins Gesicht geschlagen

Laut Anklage soll zunächst die 51-Jährige den Nachbarn geschubst haben. Ihr Sohn habe ihm dann zweimal so heftig ins Gesicht geschlagen, dass dieser Platzwunden davontrug. Anschließend habe der 23-Jährige ihm zweimal in den Rücken gestochen, danach habe die Mutter dem Nachbarn ebenfalls ins Gesicht geschlagen. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft befand sich der Nachbar aufgrund seiner Stichverletzungen zwar nicht in Lebensgefahr, es habe aber die „abstrakte Gefahr einer lebensgefährlichen

Behandlung“ vorgelegen. Während der 23-jährige Sohn zum Prozessauftakt keine Angaben zur Sache machen wollte, legte die 51-jährige Mutter ein Geständnis ab. Ihre Version unterscheidet sich aber deutlich von dem, was in der Anklage steht. Nicht ihr Sohn, sondern sie habe zugestochen, erklärte sie. Sie habe bereits seit drei Jahren unter permanenter Lärmbelästigung gelitten, „drei Jahre Terror ohne Ende“. Sie habe aber nie gewusst, wer aus der Nachbarschaft dahinter gesteckt habe. Als es an jenem Sonntag wieder Lärm gab, habe sie gerufen, dass sie die Polizei alarmieren werde, wenn das nicht aufhöre. Daraufhin habe der gegenüber wohnende Nachbar gerufen, dass sie doch mal rüberkommen sollten. Sie sei dann gemeinsam mit ihrem Sohn durch die offene Tür in das Haus gegangen.

Im Flur sei der Nachbar sofort auf sie losgestürzt, um sie zu schlagen, sagte die 51-Jährige. Ihr Sohn sei dann dazwischengegangen, da-



Ich war in Panik, ich hatte Angst um meinen Sohn.

Angeklagte vor dem Amtsgericht

raufhin habe ihn der Nachbar in die Ecke gedrückt. Dann habe sie gesehen, dass der Nachbar auf einmal ein Messer in der Hand hatte, das kurz darauf in dem Gerangel zu Boden gefallen sei. Sie habe sich gebückt, das Messer genommen und zugestochen. „Ich war in Panik, ich hatte Angst um meinen Sohn“, sagte sie.

Der 41-Jährige gab dagegen an, dass diese ihn zuerst angegriffen hätten. Noch bevor er habe zurückschlagen können, „hatte ich das Messer im Rücken“. Der 41-Jährige, der deutlich größer und schwerer als die beiden schwächlichen Angeklagten ist, hatte gegenüber den Ermittlern den 23-Jährigen als Täter bezichtigt. Auf Nachfrage des Gerichts musste er allerdings einräumen, dass er nicht gesehen habe, wer zugestochen hatte. Unklar ist auch, womit er verletzt wurde. Das Messer wurde trotz intensiver Polizeisuche nie gefunden. Der Prozess wird im Februar fortgesetzt.

Unterstützung für Geschichtswerkstätten gefordert

Kreistagsgruppe Linke/Piraten/Partei fordert Verbleib der Zwangsarbeiterausstellung in den BBS II

Von Claudia Nachtwey

Göttingen. Die Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit“ ist Thema in den politischen Gremien. Nachdem die CDU-Fraktion im Kreistag die Umsiedelung der Ausstellung nach Friedland beantragt hatte, plädiert die Kreistagsgruppe Linke/Piraten/Partei für den Verbleib am bisherigen Standort in den BBS II.

Ursprünglich als Wanderausstellung konzipiert, hat der Landkreis ab 2015 Räume in den Berufsbildenden Schulen II (BBS II) für das Projekt zur Förderung der Erinnerungskultur zur Verfügung gestellt. Die CDU-Fraktion hatte im Dezember 2017 einen

Antrag auf Engagement des Landrats für die Integration der Ausstellung in das Landesmuseum Friedland gestellt. Dagegen hat sich nun die Kreistagsgruppe Linke/Piraten/Partei ausgesprochen. In ihrem Änderungsantrag fordert die Gruppe zudem die Unterstützung der Geschichtswerkstätten Duderstadt und Göttingen als Träger der Ausstellung. Dies solle durch eine kontinuierliche personelle Betreuung und Weiterentwicklung der Ausstellung angestrebt werden. Hierzu sollten auch Gespräche mit der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten in Celle geführt werden.

Vor allem Göttinger Schüler würden die Ausstellung „Auf der



Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit“.

FOTO: MARKS

Spur europäischer Zwangsarbeit – Südniedersachsen 1939-1945“ besuchen, so die Kreistagsgruppe. Daher sei auch eine dauerhafte

finanzielle Beteiligung der Stadt Göttingen anzustreben, wie es bereits im Dezember 2017 auch die Göttinger Linke und die

Piraten- und Partei-Ratsgruppe im Stadtrat gefordert hatten. Dies sei jedoch von Sozialdezernentin Petra Broistedt abgelehnt worden mit dem Verweis auf die Zuständigkeit des Landkreises.

Zwar sollten auch Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Museen der Erinnerungskultur, wie dem Grenzdurchgangslager Friedland, geprüft werden, so die Mitglieder der Kreistagsgruppe, aber der zentrumsnahe Standort direkt in Göttingen müsse erhalten bleiben. Eine Übernahme der Verantwortung für das Fortbestehen eines wichtigen Teils der Erinnerungskultur forderte Kreistagsgruppen-Mitglied Hans-Georg Schwedhelm von Landkreis und Stadt Göttingen.